



Nr. 253 | 28.06.2021

Ukraine-Analysen

- Ukrainische Care-Migrantinnen in Deutschland
- Arbeitsmarkt unter Covid-19

■ ANALYSE	
Ukrainische Care-Migrantinnen in Deutschland: Prekäre Arbeitsbedingungen, lukratives Geschäft	2
Von Tetiana Goncharuk (Berlin)	
<hr/>	
■ ANALYSE	
Der ukrainische Arbeitsmarkt während der Corona-Krise	6
Von David Saha (German Economic Team, Berlin)	
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Entwicklungen in der »DNR« und der »LNR« vom 25. Mai – 08. Juni 2021	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
27. Mai – 10. Juni 2021	11

Ukrainische Care-Migrantinnen in Deutschland: Prekäre Arbeitsbedingungen, lukratives Geschäft

Von Tetiana Goncharuk (Berlin)

DOI: 10.31205/UA.253.01

Zusammenfassung

Die Care-Arbeit im 24-Stunden »Live-In-Format« wird im alternden Deutschland immer populärer. Für die Care-Arbeiterinnen, von denen viele aus Mittel- und Osteuropa kommen, geht diese Tätigkeit oft einher mit äußerst schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen bis hin zu Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen. Ukrainische Care-Migrantinnen, die wiederum einen großen Teil dieser Gruppe stellen, befinden sich in einer besonders prekären Lage: Sie arbeiten in einer Grauzone, sind in den meisten Fällen illegal beschäftigt und sozial und rechtlich kaum geschützt. Von dieser Situation profitieren Vermittlungsagenturen, die ihre eigenen Spielregeln festlegen.

Einleitung

Die Gesellschaft in Deutschland altert, weshalb dringend zusätzliche Pflegekräfte benötigt werden. Das Statistische Bundesamt nennt in seiner Pflegestatistik für 2019 die Zahl von bundesweit 4,1 Millionen pflegebedürftiger Menschen (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html;jsessionid=E4AB0CFD45FA78DB103E492E61C563C1.live731>); davon befinden sich drei Millionen Menschen in häuslicher Pflege. Laut einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit 2021 setzt die Pflegebranche zur Abmilderung des Fachkräftemangels zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte (https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Altenpflege.pdf?__blob=publicationFile&v=7). Der Mangel an Fachpersonal wird insbesondere durch osteuropäische Care-Arbeiterinnen abgedeckt. In einem 2016 erschienenen Buch zum Thema Ausbeutung in der Pflege wurde geschätzt, dass mindestens 300.000 Care-Arbeiterinnen aus Osteuropa in Deutschland tätig sind. Da es sich oftmals um illegale oder halblegale Beschäftigungsverhältnisse handelt, ist es schwierig, die genauen Zahlen zu erfassen. Die tatsächliche Anzahl der Care-Arbeiterinnen aus Osteuropa in deutschen Privathaushalten dürfte daher inzwischen darüber liegen.

Auch wenn es über ukrainische Care-Arbeiterinnen in Deutschland keine offiziellen Zahlen gibt, zählt die Ukraine neben anderen osteuropäischen Ländern zu den wichtigsten Herkunftsländern von 24-Stunden-Betreuerinnen im häuslichen Altenpflegebereich in Deutschland. Vermittlungsagenturen versorgen den deutschen Care-Arbeitsmarkt aktiv mit ukrainischen Betreuerinnen, da sie »eine gute Alternative« zu teuren deutschen Pflegekräften sind. »Die Kosten für eine sogenannte 24-Stunden-Pflege durch ukrainische Betreuerinnen sind deutlich geringer [...]. Schon ab 70 Euro

pro Tag ist eine Rundum-Betreuung möglich«, wirbt eine bekannte Vermittlungsagentur auf ihrer Web-Seite.

Darüber hinaus produzieren und reproduzieren die Vermittlungsagenturen auf ihren Web-Seiten ethnische Stereotype über ukrainische 24h-Betreuerinnen (aber auch über Pendelmigrantinnen aus Osteuropa insgesamt). Die ukrainischen Care-Arbeiterinnen werden als besonders herzlich, fleißig und fürsorglich dargestellt, anstatt mit der Professionalität ihrer Arbeit zu werben.

Im häuslichen Pflegebereich handelt es sich fast immer um weibliche Arbeitskräfte, um sogenannte Pendelmigrantinnen: Frauen, die zwischen zwei Ländern bzw. zwei Haushalten wechseln. Im Rotationsformat üben ukrainische wie auch andere osteuropäische Betreuerinnen ihre Care-Arbeit im Pflegehaushalt für eine festgelegte Zeit aus – üblicherweise zwischen zwei und drei Monaten –, um dann in ihren eigenen Haushalt zurückzukehren. Im Pflegehaushalt werden sie dann von einer anderen Pflegerin ersetzt.

Die Besonderheit und Schwierigkeit der sogenannten »Live-In-Pflege« ist die Betreuung rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag für mehrere Wochen am Stück, sowie das gemeinsame Leben in einem Haushalt mit den Pflegebedürftigen. Vielfach haben sich prekäre Arbeitsstandards in der privaten Pflege für immigrierte Pflegekräfte manifestiert, unter anderem ein extrem niedriges Gehalt und kaum sozialer Schutz.

Dieser Artikel basiert auf vier leitfadenzentrierten Interviews mit in Deutschland tätigen Care-Migrantinnen aus der Ukraine, die im Jahr 2019 im Rahmen der Projektarbeit »Lebens- und Arbeitsbedingungen von Care-Migrantinnen aus der Ukraine in Deutschland« durchgeführt wurden, auf Ergebnissen der Forschung »Das Potenzial von Social Media für das Empowerment von Care-Arbeiterinnen in Deutschland« und zusätzlichen persönlichen Gesprächen im Jahr 2020. Zum Schutz der Migrantinnen wurden alle Namen pseudonymisiert.

Ursachen der Care-Migration aus der Ukraine nach Deutschland

Verschiedene Faktoren begünstigen, dass ukrainische Frauen in anderen Ländern — insbesondere in Deutschland — ein besseres Leben suchen. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die instabile politische Situation in der Ukraine sowie schlechte soziale und medizinische Versorgung und auch indirekt die militärische Aggression der Russischen Föderation in der Ostukraine führen zur Migration. Durch die Arbeit in Deutschland versuchen ukrainische Care-Workerinnen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ein Studium für ihre Kinder zu finanzieren oder für Investitionen in Wohneigentum zu sparen.

Frauen, die sich entschlossen haben, in Deutschland zu arbeiten, um ältere Menschen in Privathaushalten zu betreuen, sind in der Regel gut ausgebildet, haben Studienabschlüsse, aber der Mangel an Arbeit in ihrem Heimatland erlaubt es ihnen nicht, ein »normales« Leben zu führen. »Sie gehen, aber nur, weil es im Prinzip unmöglich ist, in unserem Land Geld zu verdienen. Für einen Menschen mit einem Studienabschluss in einer kleinen Stadt [...], die von der Regierung, Gott und allen anderen auf der Welt vergessen wurde, gibt es keine Arbeit«, erzählt Jaroslawa, eine 52-jährige 24-Stunden-Betreuerin aus der Ukraine.

Lukratives Geschäft für Vermittlungsagenturen

Trotz der Tatsache, dass der Bereich der häuslichen Pflege in Deutschland recht groß ist und meistens von Migrantinnen abgedeckt wird, gibt es noch immer keine klare Gesetzgebung zum Einsatz solcher Pflegekräfte. Die Care-Migration befindet sich rechtlich in einer Grauzone voller juristischer Fallstricke. Ukrainische Care-Migrantinnen sind in einer noch kritischeren Arbeitssituation als Betreuerinnen aus osteuropäischen EU-Ländern, da es sich in den meisten Fällen um eine komplett illegale Beschäftigung handelt. Hintergrund dafür ist das komplizierte Verfahren für Menschen aus der Ukraine als sogenannter Drittstaat zur Erlangung einer Arbeitsgenehmigung für eine Beschäftigung im Privathaushaltsbereich.

Seit Juni 2017 sind Ukrainer*innen von der Visumpflicht in allen Schengen-Ländern befreit und haben somit das Recht, sich alle sechs Monate für 90 Tage in der Europäischen Union aufzuhalten. Die Visumsfreiheit berechtigt allerdings nicht zur Aufnahme von Erwerbsarbeit. Dennoch wird die Möglichkeit der erleichterten Einreise genutzt, um Personal aus der Ukraine für die Altenpflege in deutschen Familien anzuwerben. Da die direkte Anstellung von Pflegekräften aus der Ukraine in den meisten Fällen unmöglich ist, nehmen Frauen die Dienste von Vermittlungsagenturen oder -personen in Kauf. Die Anwerbung wird in den meisten Fällen über Polen organisiert, da es zwischen Polen – wo weit mehr als eine Million Menschen aus der

Ukraine arbeiten – und der Ukraine ein Arbeitsmigrationsabkommen gibt. Allerdings berechtigt das polnische Arbeitsvisum Ukrainer*innen nicht dazu, in Deutschland zu arbeiten. In diesen Fällen handelt es sich um illegale Beschäftigung. Die ukrainisch-polnischen sowie polnisch-deutschen Vermittlungsagenturen überzeugen die Frauen jedoch vom Gegenteil und informieren sie oft nicht darüber, dass die polnische Arbeitserlaubnis nicht die Erwerbstätigkeit in Deutschland erlaubt. So berichtet eine ukrainische 24-Stunden-Betreuerin, die einen Arbeitsvertrag mit einer Vermittlungsagentur hat:

»Als sie mich an der deutsch-polnischen Grenze kontrollierten, sagte ich, dass ich in Deutschland arbeiten werde und zeigte den Arbeitsvertrag von der Agentur. Ich war mir sicher, dass die Agentur mich legal beschäftigte. Am Ende wurde ich abgeschoben und erhielt fünf Jahre lang ein Einreiseverbot für alle EU-Länder«.

Ein weiterer kritischer Aspekt ist die Entlohnung der Pendelmigrantinnen, die sich nicht am aktuellen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland orientiert, sondern von den Agenturen festgesetzt wird (Anm. d. Red.: der Artikel wurde verfasst, noch bevor das Bundesarbeitsgericht am 24. Juni 2021 in einem Grundsatzzurteil unter anderem entschied, dass ausländischen Pflegekräften, auch für den Bereitschaftsdienst, der Mindestlohn zusteht). Ein Teil des Verdienstes der Frauen geht regelmäßig an die Agenturen. Je mehr Vermittlungsagenturen ins Spiel kommen, desto niedriger ist das tatsächliche Gehalt für die Care-Workerinnen. Darüber hinaus hängt die Bezahlung vom Niveau der Deutschkenntnisse ab und wird für jede Mitarbeiterin unterschiedlich berechnet.

Die Bezahlung, die die Frauen tatsächlich erhalten, liegt meistens zwischen 800 und 1.500 Euro pro Monat (Anm. d. Red.: der Durchschnittslohn in der Ukraine liegt aktuell bei knapp 400 Euro monatlich). Ausgehend vom gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland müsste die Vergütung für eine 24-Stunden-Betreuung ohne freies Wochenende auch abzüglich von Kost und Logis um ein Vielfaches höher sein. Vermittlungsagenturen profitieren in hohem Maße von dieser Situation, da sie sich so ein profitables Geschäft aufbauen können.

Ein weiterer Weg in den deutschen Care-Arbeitsmarkt erfolgt über private Vermittlungspersonen. Für die Vermittlung sind zwischen 100 und 350 Euro zu zahlen. Es gibt auch Fälle, in denen die Bezahlung für die Vermittlung von privaten Personen die Voraussetzung für die Fortsetzung der Beschäftigung war. Jaryna, eine 47-Jährige Care-Arbeiterin aus der Ukraine, behauptet, dass dies häufig vorkomme. Die Betreuerinnen müssen alle zwei oder drei Monate einen Teil ihres Verdienstes an die Vermittlungspersonen abgeben, sonst erhalten sie keine Arbeit mehr und ihre Stellen würden dann einer anderen Person angeboten.

Prekäre Arbeitsbedingungen

In den meisten Fällen arbeiten und leben die ukrainischen Care-Migrantinnen unter prekären Bedingungen. Die Analyse der Interviews zeigte, dass die ukrainischen Care-Arbeiterinnen in der Regel keinen normierten Arbeitstag haben. Obwohl es in einigen Fällen eine Einigung über Pausen gibt, müssen die Betreuerinnen faktisch rund um die Uhr an sieben Tage in der Woche arbeiten: »Es gibt keine klaren Grenzen. (...) Es dauert jeden Tag von morgens bis abends, so lange bis die Oma schlafen geht. Und dann... falls es nötig ist, muss ich auch in der Nacht aufstehen, wenn sie mich ruft. Falls sie etwas braucht, falls ich ihr etwas geben muss oder mit etwas helfen sollte«, erzählt Natalija, eine 52-jährige Care-Arbeiterin aus der Ukraine. Das gilt meist auch am Wochenende, wie Iryna berichtet, die täglich lediglich zwei Stunden Mittagspause hat, auch am Sonntag. Sie führt es auf die Tatsache zurück, dass »die Oma zu alt [ist]. Sie möchte essen. Ich muss ihr die Tabletten geben. Oder Wasser.«

Care-Arbeiterinnen müssen ebenfalls die nächtliche Betreuung übernehmen, die nicht zusätzlich bezahlt wird: »Manchmal muss ich nur einmal nachts aufstehen, manchmal muss ich überhaupt nicht aufstehen, weil sie [Pflegebedürftige] gut schläft. Und manchmal muss ich dreimal aufstehen. Sie ist ein großes Baby: Manchmal schläft es, manchmal schläft es nicht«, sagt Iryna. Darüber hinaus wird die Arbeit von Iryna mit einer Videokamera überwacht. Die Kamera ist im Zimmer der pflegebedürftigen Frau installiert und wird regelmäßig von deren Ex-Mann, der die Pflege organisiert hat, überprüft. Die Betreuerin nimmt diesen Zustand in Kauf aus Sorge, ihre Arbeit zu verlieren.

Die Pflegerinnen sind nicht nur für die Pflege, sondern oft auch für weitere Aufgaben zuständig, die im Haushalt einer pflegebedürftigen Person anfallen. In vielen Fällen dürfen die Care-Migrantinnen auch nicht das Haus verlassen, weil Angehörige verlangen, dass sie immer bei der pflegebedürftigen Person bleiben, wie Jaryna berichtet: »Bei meiner ersten Arbeit durfte ich das Haus nicht verlassen. Der Sohn von jener Oma kam nur am Wochenende nach Hause. Dann durfte ich für eine halbe Stunde zu Besuch zu einer anderen [Pflegerin aus Polen] gehen. (...) Es war im Dorf und es war eine sehr harte Arbeit. Jetzt würde ich nicht mehr so arbeiten.«

Sozialleistungen wie Urlaub und Beiträge in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung sind nicht vorgesehen. Der Krankenversicherungsschutz wird von den Arbeitsmigrantinnen über ukrainisch-polnische Privatversicherungen selbst organisiert. Sie empfinden dies als keine zuverlässige Absicherung: »Ich bin privat versichert und habe zusätzlich eine Versicherung über die Agentur. Aber das ist eine nebulöse Versicherung. Sie bringt nichts...«, erklärt Jaroslawa. Manchmal sind die Frauen gar nicht versichert. Vielfach haben sie aufgrund

ihrer illegalen Beschäftigung Angst, in Deutschland zum Arzt zu gehen: »Obwohl ich eine Versicherung habe, gehe ich hier nicht zum Arzt. Mein Mann schickt mir per Post die Medikamente, falls ich welche benötige«, so Jaroslawa.

Fälle, in denen Löhne nicht vollständig gezahlt werden, kommen von Zeit zu Zeit vor. Die Beschäftigung bei Familien im ländlichen Bereich werden von Ukrainerinnen als besonders hart und schlecht bezahlt empfunden: »Ein weiterer Arbeitsplatz war so anstrengend, dass ich die ganze Nacht arbeiten musste. Dies ist während der fünf Wochen jede Nacht passiert. Ich sagte, ich würde gehen. Deswegen haben sie [die Familie] mir mein Gehalt nicht in voller Höhe gegeben«, berichtet Jaryna von ihrer Erfahrung. Der Arbeitgeber einer anderen Care-Arbeiterin, Halyna, zahlte während der fünf Monate, in denen sie für ihn tätig war, regelmäßig nicht den ursprünglich vereinbarten Betrag. Als Grund wurde ihr erklärt, dass der Arbeitgeber nicht genügend Geld hatte und das so akzeptiert werden sollte. Als Halynas Gehalt wieder einmal nicht in voller Höhe ausgezahlt wurde, wechselte sie die Familie. Sie würde gerne ihren nicht gezahlten Lohn erhalten, hat aber Angst, vor Gericht zu gehen, weil sie illegal in Deutschland arbeitet. Eine andere Care-Migrantin wurde Opfer eines Betrugs, wodurch sie 5.000 Euro verlor. Da sie keine Arbeitserlaubnis hat, hat auch sie keine Anzeige bei der Polizei erstattet.

Im Vergleich zu Care-Arbeiterinnen aus osteuropäischen EU-Ländern befinden sich ihre ukrainischen Kolleginnen in einer noch schwierigeren Situation: Ihre Arbeit ist noch schlechter bezahlt, ihr Aufenthaltsstatus ist unsicherer und sie haben daher praktisch keine Möglichkeiten sich juristisch für ihre Arbeits- und Sozialrechte einzusetzen. Die Forderung nach mehr Rechten wird von Jaroslawa wie folgt zusammengefasst: »Wir machen die ganze Drecksarbeit und besser als die Anderen. Und wir haben absolut keine Rechte!«

Covid-19-Pandemie und Care-Migration

Die durch die Covid-19-Pandemie verursachte Schließung der Binnen- und Außengrenzen der Europäischen Union hat die Art und Weise der Organisation von Pflege in Privathaushalten sowie das Rotationssystem von Pendelmigrantinnen beeinflusst. Darüber hinaus hat die Pandemie die langfristigen Probleme im Bereich der häuslichen Pflege verdeutlicht. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage wurde noch größer und die osteuropäischen Care-Arbeiterinnen mussten noch mehr arbeiten als zuvor.

Viele ukrainische Betreuerinnen wechseln sich mit polnischen Kolleginnen ab. Nachdem die Grenzen von Mitte März bis Mitte Juni 2020 geschlossen wurden, konnte der Wechsel in dieser Zeit nicht erfolgen. Entweder mussten die Pflegebedürftigen alleine gelassen werden, oder die anwesende Betreuerin musste bleiben. Die befragten ukrainischen Care-Arbeiterinnen konnten in den meisten

Fällen ihren Aufenthalt (ohne Arbeitserlaubnis) verlängern, was aber zusätzlichen Stress und Angst verursachte, dass der wahre Zweck ihres Aufenthalts im Land aufgedeckt werden könnte. Laut eigener Aussagen verlängerten viele der Befragten ihren Aufenthalt in Deutschland aus Loyalität gegenüber den Pflegebedürftigen. Infolgedessen betreuen die Ukrainerinnen die Pflegebedürftigen sechs bis sieben Monate – statt der üblichen zwei bis drei – rund um die Uhr ohne Rotation und Erholungstagen sowie Krankenversicherung. Ihre ohnehin begrenzten sozialen Kontakte wurden weiter reduziert, da Kontakte und Besuche von Dritten wegen des Covid-19-Infektionsrisikos weitgehend vermieden wurden; ihre Familien bzw. Kinder in der Ukraine bleiben in der Zeit ohne Frauen und Mütter.

Online-Selbsthilfe-Netzwerke

Die Angst, wegen illegaler Beschäftigung aus Deutschland abgeschoben zu werden, führt dazu, dass die ukrainischen Care-Migrantinnen Unterstützung nicht bei Polizei und Beratungsstellen suchen, sondern in den Sozialen Medien. Ein Chat-Freundeskreis im Chat-Dienst »Viber« wurde von Care-Migrantinnen gegründet, um sich auszutauschen und Informationen über unehrliche, skrupellose deutsche Arbeitgeber*innen und Familien sowie Vermittlungsagenturen zu sammeln. Darüber hinaus tauschen sich Care-Arbeiterinnen regelmäßig in ukrainisch- und russischsprachigen Facebook-Gruppen aus. Eine ehemalige Care-Arbeiterin betreibt einen eigenen YouTube-Kanal, auf dem sie über die Risiken bei der Inanspruchnahme von Vermittlungsagenturen sowie die Besonderheiten der Pflegearbeit in deutschen Familien spricht und Deutsch-Videokurse für

24-Stunden-Betreuerinnen anbietet. Das Online-Selbsthilfe-Netzwerk der Care-Migrantinnen war besonders während der Covid-19-Pandemie nachgefragt. Der Aufbau einer Solidaritäts- und Selbsthilfestruktur bleibt fast die einzige Möglichkeit für ukrainische Care-Arbeiterinnen, sich gegenseitig zu unterstützen und zu verteidigen. Auf institutioneller Ebene gibt es nur wenige Beratungsstellen, die rechtliche oder soziale Unterstützungsangebote für Care-Arbeiterinnen, insbesondere aus nicht EU-Ländern, anbieten. Nicht zuletzt sind auch die deutschen Gewerkschaften ganz allgemein wenig aufmerksam für die Thematik der migrantischen Care-Arbeit.

Fazit

Ukrainische 24-Stunden-Betreuerinnen sind zu einem festen Bestandteil der deutschen Versorgungsrealität geworden. Bislang wurde ihr Beitrag auf staatlicher Ebene jedoch nicht anerkannt. Obwohl wissenschaftliche Studien über die dringliche Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen und Reformen im häuslichen Pflegebereich berichten sowie klare rechtliche Regulierungen fordern, gibt es praktisch keine politische Debatte zu diesem Thema. Auch die deutsche Öffentlichkeit interessiert nur wenig, wie Deutschland seinen Bedarf an billigen 24-Stunden-Pflegekräften aus Osteuropa deckt und unter welchen Lebens- und Arbeitsbedingungen diese Menschen leiden. Diese Situation ermöglicht den Vermittlungsagenturen sowie -personen lukrative Geschäfte und führt dazu, dass ukrainische und andere osteuropäische Care-Arbeiterinnen in Deutschland weiter ausgebeutet werden.

Sprachredaktion: Dr. Eduard Klein

Über die Autorin:

Tetiana Goncharuk ist Frauenforscherin und Menschenrechtlerin, Absolventin des Masterprogramms »Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession« (MRMA – Alice-Salomon-Hochschule Berlin) und Leiterin einer sozialen Einrichtung für Frauen in Berlin-Marzahn.

Bibliographie

- Bomert, Christiane / Schilliger, Sarah (2021): Infrastruktur der Solidarität im Kontext transnationaler Care-Arbeit. In: Stauber, Barbara / Bomert, Christiane / Lohner, EvaMaria / Landhäuser, Sandra (Hrsg.): Care. Zum Verhältnis von Sorge und Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Emunds, Bernhard (2016): Damit es Oma gut geht: Pflege-Ausbeutung in den eigenen vier Wänden. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Westend Verlag.
- Goncharuk, Tetiana (2020): »Der deutsche Staat gibt vor, dass wir nicht existieren«: Die Arbeits- und Rechtssituation von ukrainischen Care-Migrantinnen in Deutschland. In: Migration und Soziale Arbeit, 2020, Ausgabe 3, Beltz Juventa, S. 243 – 250.
- Goncharuk, Tetiana (2020a): Das Potenzial von Social Media für das Empowerment von Care-Arbeiterinnen in Deutschland. Masterarbeit. Berlin: MRMA.
- Lutz, Helma (2018): Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa / On the road. Die Versorgungskette der Care-Arbeiterinnen zwischen Deutschland, Polen und der Ukraine. Weinheim: Beltz Juventa S. 21–44.
- Schilliger, Sarah (2012): »Polinnen sind günstig und fürsorglich« – Ethnische und geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarktes für 24h-Betreuung. In: TANGRAM 29/2012, Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, Bern, S. 68–71.
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2016): »24-Stunden-Pflege in Privathaushalten durch Pflegekräfte aus Mittel- und Osteuropa. Rechtslage in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten«. URL: www.bundestag.de/blob/480122/ele7b32064927dbba950d380980b6c3f/wd-6-078-16pdf-data.pdf.

Der ukrainische Arbeitsmarkt während der Corona-Krise

Von David Saha (German Economic Team, Berlin)

DOI: 10.31205/UA.253.02

Der Text erschien im April 2021 als Newsletter 150 des German Economic Team Ukraine (GET Ukraine) und basiert auf der Policy Study »Adaptivity of the labour market in Ukraine during the COVID-19 pandemic: Analysis and policy recommendations« von Hanna Sakhno, David Saha and Maria Repko. Der Originaltext ist frei zugänglich unter: <https://www.german-economic-team.com/ukraine/de/der-ukrainische-arbeitsmarkt-waehrend-der-corona-krise/>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt David Saha und GET Ukraine für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Zusammenfassung

Die Pandemie hat Unternehmen in der Ukraine hart getroffen. Sofortmaßnahmen der Regierung seit März 2020, wie etwa die Anpassung einer bestehenden Kurzarbeiterregelung, halfen, sich an die Umstände anzupassen. Dennoch war eine schnelle Anpassung der Lohnkosten für viele Unternehmen überlebenswichtig. Dies unterlag jedoch Einschränkungen durch das Arbeitsrecht, das die Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmen ausbalancieren muss. Firmen nutzten verschiedene Wege, um ihre Belegschaft an die neuen Gegebenheiten anzupassen und die Lohnkosten zu senken. Unbezahlter Urlaub oder Arbeitszeitverkürzungen erforderten die Zustimmung der Arbeitnehmer und wurden in relativ geringem Umfang eingesetzt. Das neue Kurzarbeitsinstrument war nur für relativ wenige Unternehmen nutzbar. Letztlich waren Entlassungen das wichtigste Instrument für viele Unternehmen, obwohl sie weder schnell noch günstig durchführbar sind und viele Unternehmen die Bindung zu ihren Arbeitnehmern gerne beibehalten hätten. Um die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes in Krisen zu verbessern, sollte eine Ausweitung der bestehenden Kurzarbeiterregelung hin zu der in vielen EU-Ländern angewandten Praxis erwogen werden.

Drastischer Rückgang der Unternehmensumsätze

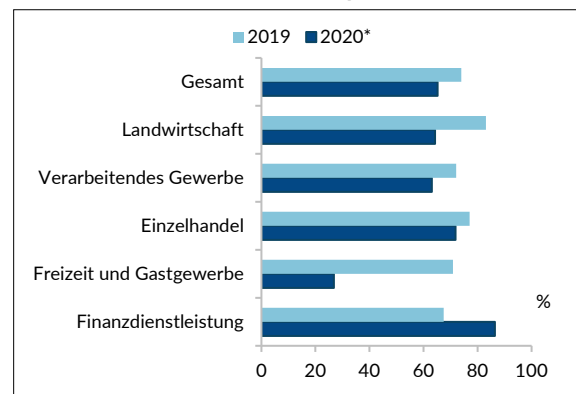
Die Pandemie stürzte die ukrainische Wirtschaft in eine starke Rezession. Der landesweite Lockdown im März 2020 traf viele Unternehmen unvorbereitet: Viele Geschäfte, Unterhaltungs-, Beherbergungs- und Transportunternehmen mussten wochenlang schließen. Andere Unternehmen konnten nicht normal arbeiten, da die Mitarbeiter nicht erscheinen konnten. Wieder andere erfuhren einen plötzlichen und drastischen Rückgang der Nachfrage – wie etwa Automobilzulieferer, die von der vorübergehenden Aussetzung der Autoproduktion in Europa betroffen waren.

In der Folge sank das ukrainische BIP im zweiten Quartal 2020 um 7,8 % im Vergleich zum zweiten Quartal 2019. Die Unternehmen waren direkt betroffen, da die Umsätze zurückgingen, die Betriebskosten aber oft nicht schnell genug gesenkt werden konnten. In den ersten drei Quartalen 2020 wiesen nur 65 % der KMU Gewinne aus, verglichen mit 74 % im Jahr 2019. Den größten Rückgang verzeichnete die Freizeit- und Gastronomiebranche, die am meisten unter dem Lockdown litt. Hier blieben nur 27 % der Unternehmen profitabel.

Hilfsmaßnahmen der Regierung

Da die Unternehmen ihre Betriebskosten schnell senken mussten, waren die Lohnkosten als meist größter Kos-

Grafik 1: Anteil der KMU mit positiven Gewinnen



Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine (Ukrstat), *Daten Januar-September.

tenblock von besonderer Bedeutung. Die ukrainische Regierung ergriff trotz ihres beschränkten finanziellen Spielraums Sofortmaßnahmen, um die Unternehmen zu unterstützen: Mit den Änderungen des Arbeitsgesetzes seit März 2020 wurden Beschränkungen für unbezahlten Urlaub gelockert, Heimarbeit und flexible Arbeitszeiten als legale Beschäftigungsformen eingeführt und eine staatliche Regelung des Zwangsurlaufs (oder der Kurzarbeit) angepasst. Darüber hinaus hatten Mitarbeiter von Unternehmen, die wegen des Lockdowns vorübergehend stillgelegt waren, Anspruch auf eine Einmalzahlung von

8000 UAH, die über die Arbeitgeber ausgeschüttet wurde. Derzeit wird eine solche Einmalzahlung für Mitarbeiter und Unternehmen in der »roten Zone« wiederholt.

Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitskosten

Das Arbeitsrecht in der Ukraine gilt als relativ rigide und zielt im Allgemeinen darauf ab, Arbeitnehmerrechte gegenüber den Unternehmen zu stärken. Ein gewisses Maß an Regulierung ist nötig, um die ansonsten schwächere Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zu kompensieren. Jedoch können Rigiditäten auch schädlich sein, wenn sie die Möglichkeiten der Unternehmen in einer Krise zu stark einschränken. Um ihre Lohnkosten zu senken, mussten Unternehmen 2020 zwischen verschiedenen Optionen wählen, die jeweils Vor- und Nachteile hatten. Kurzfristig konnte unbezahlter Urlaub schnell Kosten einsparen und gleichzeitig die Bindung an die Mitarbeiter aufrechterhalten – dies erforderte aber die Kooperation der Mitarbeiter, die einen solchen Urlaub beantragen mussten. Gleichsam mussten Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechenden Lohnkürzungen von den Arbeitnehmern akzeptiert werden, die somit selbst abwägen mussten, vorübergehend einen niedrigeren Lohn zu akzeptieren oder Arbeitslosengeld zu erhalten, dabei aber ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Entlassungen hingegen konnten nicht sofort erfolgen, da eine zweimonatige Kündigungsfrist eingehalten werden muss und die Mitarbeiter Anspruch auf eine Abfindung von meist einem Monatsgehalt haben. Demnach reduzierte die Entlassung von Mitarbeitern die Lohnkosten effektiv erst nach drei Monaten. Auch ist die Entlassung von qualifiziertem und geschultem Personal oft nicht wünschenswert, da diese Mitarbeiter wieder benötigt werden, sobald sich die Bedingungen normalisieren.

Begrenztes Kurzarbeiterprogramm

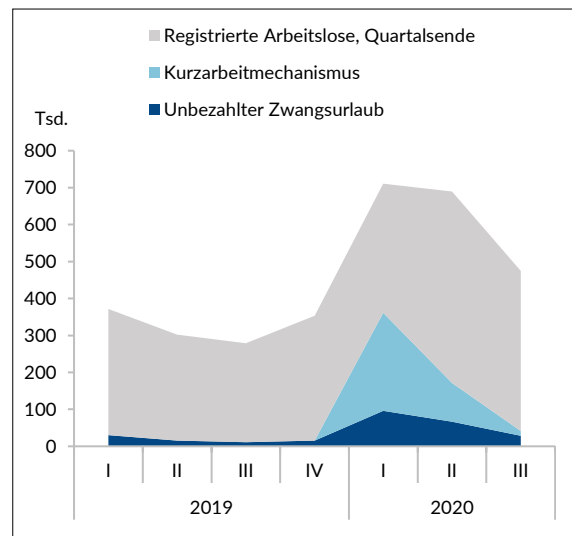
Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in der Region kam in der Ukraine ein Instrument zum Einsatz, das dem deutschen Kurzarbeitergeld ähnelt – eine Art Instrument, das in vielen entwickelten Volkswirtschaften angewendet wird. Dieses Instrument war in der Ukraine ursprünglich für große Produktionsunternehmen in einer strukturellen Notlage gedacht, wurde aber angepasst, um KMU und deren Mitarbeiter in der Krise zu unterstützen. Bei einem solchen Programm übernimmt der Staat eine Lohnersatzleistung für Arbeitnehmer, die aufgrund einer Wirtschaftskrise weniger oder gar nicht arbeiten. Die Unternehmen werden dadurch von Teilen der Lohnkosten entlastet und behalten ihre Mitarbeiter, während die Arbeitnehmer für das entgangene Einkommen entschädigt werden. In der Ukraine ist diese Regelung auf KMU beschränkt und speziell auf jene, die durch staatliche Maßnahmen temporär

geschlossen wurden. In diesem Fall können Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber in dem Programm angemeldet werden, mit einem reduzierten Entgelt von bis zu zwei Dritteln des normalen Lohns. In der Praxis kam es aufgrund von Finanzierungslücken des Programms häufig zu erheblichen Verzögerungen der Auszahlung an berechnete Unternehmen in der Ukraine. In anderen Ländern, wie Deutschland, steht ein solches Programm zudem allen Unternehmen offen, die sich in einer vorübergehenden wirtschaftlichen Notlage befinden.

Entlassungen sind vorherrschende Reaktion

Unternehmen nutzten alle erwähnten Optionen zur Kostenreduzierung, Entlassungen war aber die häufigste Reaktion.

Grafik 2: Arbeitsmarktreaktionen in der Krise



Quellen: Staatliches Statistikamt der Ukraine (Ukrstat), Staatliche Arbeitsagentur der Ukraine.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg im zweiten Quartal 2020 um circa 300.000, allerdings haben sich vermutlich nicht alle entlassenen Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet. Die angepasste Kurzarbeiterregelung wurde ab dem zweiten Quartal 2020 von etwas weniger als 200.000 Arbeitnehmern genutzt. Unbezahlter Urlaub wurde weniger eingesetzt. Die Daten zu Arbeitszeitverkürzungen sind schwerer zu interpretieren, deuten jedoch auf eine geringere Nutzung dieser Anpassungsmethode hin. Außerdem wird es in der informellen Wirtschaft, in der Arbeitskräfte völlig ungeschützt sind, viele Entlassungen und andere Formen der Reduzierung von Lohnkosten gegeben haben.

Bewertung und Empfehlungen

Ob die Unternehmen genügend Handlungsspielraum hatten, kann erst vollständig beurteilt werden, wenn erkennbar wird, wie viele Unternehmen die Krise nicht

überlebten. Erste Daten deuten jedoch darauf hin, dass Unternehmen womöglich recht stark eingeschränkt waren: Entlassungen waren für viele Unternehmen die einzige Option, sorgten aber nicht für eine schnelle Lohnkostensenkung und erschweren den Wiederaufbau des Betriebs nach der Krise. Eine Ausweitung der Kurzarbeiterregelung in Richtung der in vielen EU-Ländern

erfolgreichen Praxis scheint für die Ukraine erwägenswert. Obwohl ein solches Programm auch fiskalische Kosten verursacht, werden diese größtenteils ausgeglichen, da Arbeitnehmer ansonsten Arbeitslosengeld empfangen würden. Zudem gibt es für solche Systeme viele Gestaltungsmöglichkeiten, durch die fiskalische Kosten und auch Missbrauchsrisiken reduziert werden können.

Über den Autor:

David Saha ist für das German Economic Team als Berater für öffentliche Finanzen, Sektorregulierung und Industriepolitik tätig. Seit 2014 berät er die Regierungen der Ukraine und Georgiens. Er hat seinen Master of Science in Economics an der London School of Economics erworben. Zuvor studierte er an der Columbia University in New York (M.A. in Politikwissenschaften) und der University of York (BA Philosophie, Politik und Volkswirtschaftslehre).

DOKUMENTATION

Entwicklungen in der »DNR« und der »LNR« vom 25. Mai – 08. Juni 2021

Zur Dokumentation interner Entwicklungen und damit auch des Charakters des politischen Systems der beiden nicht anerkannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk, veröffentlichen die Ukraine-Analyse in unregelmäßigen Abständen den Newsletter »Entwicklungen in »DNR« und »LNR««. Der Newsletter erscheint im Rahmen des Projektes: »Dialog für Gerechtigkeit: Stärkung des zivilgesellschaftlichen Beitrags zur Konfliktlösung, demokratischer und regionaler Entwicklung und zur Vorbereitung einer sicheren Reintegration in die Ostukraine«, das vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA e.V.) in Kooperation mit ukrainischen, polnischen und russischen Partnern durchgeführt und vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unterstützt wird. Basierend auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Internet-Quellen und erstellt von Nikolaus von Twickel gibt der Newsletter einen Überblick aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf dem Gebiet der selbsternannten »Volksrepubliken«. Der Newsletter ist im Internet archiviert und frei zugänglich unter civicmonitoring.org.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Summary

Faced with ongoing labour unrest over unpaid wages, the Kremlin has apparently decided to hand over big factories from the troubled Vneshtorgservis holding to new owners. It was not yet clear who they will be, however. Meanwhile, the COVID-pandemic eased only slightly while Russian-sponsored vaccinations remained largely suspended. And the case of arrested journalist Roman Protasevich threatened to draw the separatist statelets into the Belarus crisis.

Pushilin confirms exit of Vneshtorgservis

In potentially momentous economic news, "DNR" leader Pushilin [announced](#) on 7 June that Vneshtorgservis would gradually give up its assets in local industry.

In a [wide-ranging interview](#) with the Russian News Front website, Pushilin argued that Vneshtorgservis had "out-lived itself" and proven financially unviable: "The trigger were the unacceptable wage arrears," he told the Russian News Front news site. He added that the "DNR" government would have to fundamentally change the situation.

The secretive holding appeared in 2017 as a shell company for large plants that were seized from private Ukrainian owners in the "People's Republics" following the economic blockade with Ukraine proper. Registered in South Ossetia and thought to be run by a former Ukrainian Oligarch now based in Russia, Vneshtorgservis has been increasingly unable to pay workers in both "republics", which apparently caused a rethinking in Moscow.

The “DNR” has already handed over some plants to new operators. Thus, the Russian Moskovsky Komsomolets newspaper on 31 May published an interview with an unnamed worker of the Donetsk Metals Factory, who said that the factory’s new owner, local dairy magnate Igor Andreev, pays wages in full and on time, but that the arrears accumulated under Vneshtorgservis remain unpaid.

In the “LNR”, growing wage arrears have caused a long strike in the Alchevsk Metals Factory, whose workers complain that they have not been paid for four or five months. Known by its Russian acronym AMK, the huge factory with some 10,000 workers has been standing still since April. However, a picket in pouring rain outside the factory on 1 June apparently had only ten participants.

On 27 May, Russian media published a letter, in which desperate AMK workers threaten a general strike in order to replace the “LNR” leadership with a workers council. The “LNR” last year successfully suppressed labour unrest in two coalmines by partially shutting down the internet and negotiating payments while detaining and threatening strike leaders (see Newsletter 77).

While pulling the plug under the Vneshtorgservis saga might end the lingering financial misery of factories and workers in the metals sector, it remains to be seen who will pay for the local economy’s re-structurization. Vneshtorgservis was a scheme to trade with coal and metals from the “People’s Republics” without hurting the Russian economy or triggering fresh sanctions. It was obviously unable to make enough profits to even pay basic wages.

Notably but not surprisingly, no separatists appeared at the St Petersburg International Economic Forum this year. The annual showcase event for foreign investors in Russia had been cancelled last year because of the pandemic. In 2019, “DNR” leader Pushilin and other leading Donetsk separatists attended the Forum in search of “foreign partners” (see Newsletter 58). The Forum has not been mentioned by the official DAN news site since 2019.

Coronavirus: More infections, no vaccinations

As of 7 June (Monday), the “DNR” reported a total of 39,963 cases and 3,034 deaths since the pandemic began. Assuming a real population of 1.1 million (see Newsletter 83), the cumulative death toll per million inhabitants in the “DNR” stands at 2,758 total—verging close to Czechia’s 2,816—the worst-hit of all sizeable European countries.

However, the numbers do show a downward trend on a week-by-week comparison. In the week up to 7 June, the “DNR” reported 1,112 cases and 107 deaths, markedly less than in the week before, when it reported 1,534 cases and 140 deaths. The downward trend has continued since the week between 10 and 17 May, when the Donetsk separatists recorded a record 3,136 cases and 180 deaths—probably a result of the 9 May victory celebrations.

In a clear sign that there is a massive shortage of tests and that real figures are much higher, the positive rate stood at a high 43.6 per cent on 5 June—the WHO recommends that rate to be below 5 per cent in order to obtain realistic case numbers.

As before, the “LNR” continued to release numbers that seem far removed from reality. As of 7 June, the Luhansk separatists claimed to have just 4,828 cases and 443 deaths—just a fraction of the “DNR” figures. Ironically, not even the “DNR” seems to trust in the “LNR” figures. Donetsk separatist leader Pushilin reiterated in his 7 June interview, that the border between both “republics” remains closed because of the high infection risk.

Moreover, there were no signs that the separatists could fulfil their promises of achieving herd immunity by the end of the year thanks to a Russian-sponsored vaccination programme. Pushilin suggested on 7 June that a third party of Sputnik V would arrive before the end of the month. He did not say how many doses that will be.

Both the “DNR” and the “LNR” have not released any information about substantial vaccinations since they announced in April that all members of their military formations had been inoculated with the Russian Sputnik V (without saying how many doses were administered). The “LNR” did say, however, that it was vaccinating soldiers’ family members—but only some 700 persons had been vaccinated twice by 4 June.

The “republics” received two parties with Sputnik V so far—the first in late January, the second in late February. They did not reveal the exact number of doses, but Donetsk separatist leader Pushilin said that the first contained “a few thousand” and the second some 25,000. Assuming that the “DNR” got 50,000, they could have fully vaccinated just 25,000 out of more than one million people as Sputnik V requires two shots.

Meanwhile, Ukrainian health officials in the Donetsk and Luhansk regions said that they would open vaccination centres for people from non-government-controlled areas. However, as of 3 June no one had asked for vaccination in the three centres in the Donetsk region because most of the crossing points between the “DNR” and government-controlled areas remain closed. A fourth vaccination centre in the Luhansk region has yet to open.

Ukraine has rejected Sputnik V and is using Chinese, Indian and other vaccines to immunize its population. However, progress has been extremely slow and as of 6 June less than 3 per cent of Ukrainians had received a single shot. In Russia, that figure was at 12 per cent.

Protasevich case draws “Republics” into Belarus standoff

The “People’s Republics” were for the first time drawn into the bitter standoff between the opposition and the regime in Belarus, after pro-government media in both Belarus and Russia accused Belarusian journalist and opposition activist Roman Protasevich of having fought in 2014 with the ultra-nationalist Azov Battalion in eastern Ukraine. Protasevich, who ran the influential NEXTA Telegram channel from exile, was detained on 23 May after Belarusian authorities forced the Ryanair jet, in which he was flying with his girlfriend from Athens to Vilnius, to land in Minsk, causing an international outcry.

The “LNR” prosecutor general’s office said on 27 May that it had opened a criminal case against Protasevich, among other things because Azov is classified as a terrorist organization in the “LNR”. Days later, billboards with “Protasevich” photo and “killer” written on them went up in Luhansk. On 5 June two anonymous Telegram channels reported that “LNR” prosecutor Inna Semyonova would travel to Minsk to question Protasevich there. That information was not immediately confirmed by Belarusian sources, but Semyonova had days earlier called on authorities in Minsk to allow the “LNR” to investigate Protasevich, possibly by handing him over.

It was unclear why the case was opened in the “LNR” rather than in the “DNR”, where Azov is also banned and classified as an extremist organization. In 2014, the volunteer formation’s units were predominantly located in the southern districts of the Donetsk region, especially in and around the port city of Mariupol.

Protasevich himself has said that he was in eastern Ukraine in 2014, but as a journalist. In a highly controversial appearance on Belarusian state TV on 3 June, which prompted widespread accusations of pressure and even torture, he claimed that had been training as a foreigner with Azov for 1.5 months at the time but that that he joined as a photographer and did not participate in any combat.

The case puts another strain on relations between Ukraine and Belarus, already highly troubled by the violent crackdown on opposition protests which has been ongoing since last summer. Ukrainian Foreign Minister Kuleba on 4 June threatened Minsk with unspecified sanctions should Belarus allow “LNR” representatives to question Protasevich, because this would amount to a de-facto recognition of the “People’s Republic”.

It also throws further doubt about the future location of the Trilateral Contact Group (TCG), which has been meeting in Minsk until the pandemic began in March 2020. Ukrainian TCG spokesman Oleksiy Arestovych has said that the location should be moved because Belarusian strongman Alexander Lukashenko is no longer a neutral arbiter—which the Donetsk separatists refuted by arguing that the Protasevich case should be linked to the TCG.

Meanwhile media reports suggested that Belarus is refusing entry to Ukrainian citizens on grounds of having fought in Donbass on the government’s side.

Manekin sentenced

Meanwhile, a “DNR” court apparently sentenced Donetsk-based blogger and analyst Roman Manekin to 2.5 years in prison. However, the 1 June court case was shrouded in secrecy and the only information about it was leaked on an anonymous Telegram channel. On 8 June, a photocopy of the court decision was published and later deleted on a vkontakte page, according to which Manekin has been sentenced for “justifying terrorism” and was banned from publishing or public discussions online for 3 years.

Manekin, a prominent pro-Russian commentator and critic of the separatist leadership, was arrested and accused of espionage by the infamous State Security “Ministry” in December—see Newsletter 86. Former separatist official Andrei Purgin called the case Pushilin’s personal revenge against Manekin.

Quelle: <https://civicmonitoring.org/newsletter89/>.

CHRONIK

27. Mai – 10. Juni 2021

27.05.2021	Die verstaatlichte PrivatBank, größtes Geldinstitut des Landes, ernennt den Österreicher Gerhard Bösch zum neuen CEO. Bevor er sein Amt antreten kann, muss Bösch noch von der Zentralbank bestätigt werden. Bösch, der zuvor beim ukrainischen Ableger der Raiffeisen Bank arbeitete und seit 35 Jahren im Bankenwesen tätig ist, soll die Privatisierung der PrivatBank bis 2024 vorbereiten.
28.05.2021	Parlamentssprecher Dmytro Rasumkow teilt in einem Radiointerview mit, dass es derzeit keine endgültige Version des Gesetzentwurfs zur De-Oligarchisierung gebe. Außerdem schlägt er vor, in der Ukraine ein Lobbyismus-Gesetz nach dem Vorbild der USA einzuführen.
29.05.2021	Laut dem Staatlichen Statistikamt sind die Löhne im April 2021 um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: Lag der Durchschnittslohn im April 2020 noch bei 10.430 Hrywnja (ca. 315 Euro), stieg er im April 2021 auf 13.543 Hrywnja (ca. 410 Euro). Besonders im IT-Bereich legten die Löhne kräftig zu und stiegen um fast 50 Prozent.
31.05.2021	In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) erscheint ein Interview mit Präsident Wolodymyr Selenskyj, in dem er sagt, dass die Ukraine angesichts russischer Drohgebärden »beunruhigt« sei und Deutschland die Ukraine militärisch stärker unterstützen könnte. Die Ukraine benötige auch »letale Waffen«, und »Deutschland habe großartige Schiffe: Schnellboote, Flugkörperschnellboote, Patrouillenboote«.
31.05.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt an, eine neue »Präsidenten-Universität« in der Ukraine gründen zu wollen, wo die besten Köpfe des Landes »die Menschen der Zukunft« ausbilden sollen. Ein Schwerpunkt soll auf Bereichen wie IT, Cybersicherheit, Künstlicher Intelligenz und Nano- und Biotechnologien liegen. Kritiker führen an, dass unklar sei, woher das Geld für die neue Universität kommen solle, und dass es besser wäre, stattdessen vorhandene Hochschulen auszubauen.
01.06.2021	Das renommierte Investigativmedium Bihus veröffentlicht weitere Mitschnitte von Gesprächen des pro-russischen Politikers Wiktor Medwedtschuk, in denen dieser über die Lieferung von Kohle aus den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk in die Ukraine spricht, was gegen ukrainische Gesetze verstößt. Medwedtschuk befindet sich aktuell unter Hausarrest, da ihm Staatsverrat vorgeworfen wird.
01.06.2021	Der »Oberste Gerichtshof« der von Russland annektierten Krim verurteilt in Abwesenheit den Vorsitzenden der krimtatarischen Medschlis, Refat Tschubarow, zu sechs Jahren Haft, 200 Stunden Strafarbeit und einer Geldstrafe. Die russischen Behörden werfen ihm vor, Massenunruhen und Aufrufe zum Umsturz der Integrität Russlands organisiert zu haben. Tschubarows Anwalt teilt mit, gegen das Urteil Berufung einlegen zu wollen.
01.06.2021	Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Verbot von Plastiktüten, das nach Unterzeichnung durch Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kraft treten soll. Nach einer Übergangszeit von sechs Monaten dürfen keine dünnen Plastiktüten mehr in der Ukraine ausgegeben werden. Gastronomen und Handel drohen bei Verstößen empfindliche Bußgelder.
02.06.2021	Ein Kyjiwer Bezirksgericht erteilt die Eröffnung von Strafverfahren gegen drei ehemalige Berkut-Einsatzkräfte, die für die Erschießung von Demonstranten bei den Maidan-Protesten 2014 verantwortlich sein sollen. Die drei Verdächtigen wurden 2019 bei einem Gefangenen austausch mit den »Volksrepubliken« gegen ukrainische Gefangene ausgetauscht, weshalb sie in Abwesenheit angeklagt werden.
02.06.2021	Die angespannten Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine würden sich weiter verschlechtern, so eine Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, sollte Belarus wie angekündigt tatsächlich eine neue Fluglinie von Minsk auf die von Russland annektierte Krim aufnehmen. Kyjiw würde in diesem Fall weitere Sanktionen gegen Belarus verhängen. Seit der spektakulären Festnahme des belarussischen Regimekritikers Raman Pratassewitsch, der aus einem in Minsk zur Notlandung gezwungenen Passagierflugzeug heraus verhaftet wurde, haben die bilateralen Beziehungen zwischen Kyjiw und Minsk einen Tiefpunkt erreicht.

02.06.2021	In Reaktion auf Selenskyjs Interview mit der FAZ vom 31. Mai erteilt der deutsche Außenminister Heiko Maas der Ukraine eine Absage, was die militärische Unterstützung angeht. Deutschland stelle das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung nicht in Frage, aber gleichzeitig könne der Konflikt in der Ostukraine nur politisch gelöst werden und Waffenlieferungen wären dabei keine Hilfe, erklärt Heiko Maas im Vorfeld eines NATO-Gipfels.
02.06.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reicht seinen Entwurf des Gesetzes über die De-Oligarchisierung im Parlament ein. Wie zuvor vermutet worden war, definiert das Gesetz einen Oligarchen als eine Person, die mindestens drei der folgenden vier Kriterien erfüllt: 1) ist aktiv in der Politik tätig; 2) hat einen bedeutenden Einfluss auf Medien; 3) ist Eigentümer eines Wirtschaftsmonopols und 4) besitzt ein Vermögen im Wert von mehr als 2,27 Milliarden Hrywnja (ca. 69 Millionen Euro). Den Oligarchen, die in einem speziellen Register geführt werden, ist es laut Gesetzentwurf untersagt, an Privatisierungsauktionen teilzunehmen und politische Parteien zu unterstützen. Während der reichste Oligarch des Landes Rinat Achmetow in Reaktion darauf sagte, er sehe sich nicht als Oligarch, sondern als »Investor«, kritisierte die Partei von Ex-Präsident Petro Poroschenko, das Gesetz richte sich direkt gegen Poroschenko als größtem politischen Widersacher von Selenskyj.
03.06.2021	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz, das Steuern für globale Internet-Konzerne vorsieht, die in der Ukraine elektronische Dienstleistungen anbieten, aber keine lokale Repräsentanz haben. Sobald es in Kraft tritt, sollen Unternehmen wie Facebook, Google oder Apple eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent zahlen. Dies soll gleiche Bedingungen für internationale und ukrainische Konzerne gewährleisten, für die Nutzer aber keine Nachteile bringen.
04.06.2021	In der Ukraine wird erstmals der Jahrestag für Kinder begangen, durch den Konflikt in der Ostukraine umgekommen sind. Laut UN-Angaben sind seit Ausbruch der Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und den von Russland unterstützten Kämpfern der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk 152 Kinder gestorben, 146 weitere wurden verletzt.
04.06.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin teilt auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg mit, dass der erste Strang der Nord Stream 2 Pipeline fertig verlegt sei und die Arbeiten an Nord Stream 2 im August abgeschlossen würden. Gleichzeitig droht der russische Präsident, dass die Ukraine »guten Willen« zeigen müsse, wenn sie nach 2024, wenn der aktuellen Gastransitvertrag mit Gazprom endet, weiterhin russisches Gas nach Europa liefern wolle.
07.06.2021	Der ukrainische Landwirtschaftsminister Roman Leschtschenko warnt davor, dass der Klimawandel zwei Drittel der landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine bedrohe. Landwirtschaftliche Erzeugnisse gehören zu den Hauptexportgütern des Landes.
07.06.2021	Beim zweiten Telefonat zwischen Präsident Wolodymyr Selenskyj und seinem amerikanischen Amtskollegen Joe Biden lädt der US-Präsident Selenskyj zu einem Besuch in Washington im Juli ein. Selenskyj wies beim Telefonat darauf hin, dass nach wie vor russische Truppen in der Nähe zur ukrainischen Grenze stationiert seien und dass die russisch-deutsche Gaspipeline Nord Stream 2 eine Gefahr für die Sicherheit der Ukraine darstelle. Biden sagt der Ukraine außerdem Sicherheitsgarantien und Unterstützung bei der Krim-Plattform zu.
07.06.2021	Knapp sieben Jahre nach dem Absturz des Passagierflugzeugs MH17 über der Ostukraine geht der Prozess in den Niederlanden in die entscheidende Phase. Im Hauptverfahren wird drei russischen und einem ukrainischen Staatsbürger in deren Abwesenheit vorgeworfen, auf Seiten der pro-russischen »Separatisten« für den Abschuss verantwortlich gewesen sein. Ein Urteil wird nicht vor Jahresende erwartet.
08.06.2021	Das Finanzministerium berichtet, dass die Ukraine in den verbliebenen drei Jahren der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj 240 Mrd. Hrywnja (ca. 7,2 Mrd. Euro) für den Bau und die Sanierung von Straßen ausgeben werde. Das »Große Straßenbauprogramm« zählt zu den größten Erfolgen von Selenskyj.
09.06.2021	Laut neuen Zahlen des Staatlichen Statistikamts lag die Inflation im Mai bei 9,5 Prozent und damit etwas höher als im April mit 8,4 Prozent. Im Vorjahr lag die Inflation noch bei 5 Prozent. Allen voran die deutlich gestiegenen Preise für Gas treiben die Inflation in die Höhe.

09.06.2021	Laut Premierminister Denys Schmyhal sind die Exporte in die EU in diesem Jahr bisher um etwa ein Drittel, bzw. 2,7 Mrd. US-Dollar, gestiegen.
10.06.2021	Die Presseabteilung der Nord Stream 2 Pipeline teilt mit, dass der erste Strang der Pipeline technisch fertiggestellt wurde und ab morgen testweise mit Gas befüllt werde.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.